



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preizzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Friede im österreichischen Buchdruckgewerbe. — Der Aufstieg der Arbeiterklasse und der Aufschwung der Industrie. — Zur Reorganisation unseres Finanzwesens. (I.) — Unsere Volksfürsorge. (Schluß.) — Korrespondenzen (Dresden, Görlitz, Kaufbeuren). — Eingegangene Druckschriften. — Briefkasten. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeigen.
Beilage: Der innere Zusammenhang zwischen Arbeiterinteressen und Konsumenteninteressen. (Schluß.) — Korrespondenzen (Augsburg, Chemnitz, Hamburg).

Für die Woche vom 8. bis 14. Februar 1914
ist die Beitragsmarke in das mit 7 bezeldete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Friede im österreichischen Buchdruckgewerbe.

Aus Oesterreich kommt die erfreuliche Nachricht, daß sich die streitenden Parteien über die Hauptpunkte des Streitobjekts geeinigt haben und die Wiederaufnahme der Arbeit in Sicht ist. Am 28. Januar begannen in Wien unter dem Vorsitz des Sektionschefs im Handelsministerium Dr. Mataja die Einigungsverhandlungen, die bis zum Abend des 31. Januar dauerten. An diesen Verhandlungen nahmen teil der Ministerialrat v. Gasteiger, Hofrat Wirth und Ministerialsekretär Dr. Lederer. Als sachverständige Berater waren folgende Funktionäre des Deutschen Tarifamts zugegen: Präsident Scheimer, Kommerzienrat Bügenstein, Prinzipalvorsitzender Franke, Gehilfenvorsitzender Sieffede, Geschäftsführer Schliebs, Prinzipalbeisitzer Haberland und Gehilfenbeisitzer Döblin. Die Parteien waren durch je zwölf Delegierte vertreten. Die Verhandlungen gestalteten sich im Anfang sehr schwierig, weil von keiner Seite ein Entgegenkommen gezeigt wurde. Erst dem tatkräftigen Eingreifen der deutschen Tarifamtsvertreter gelang es, eine Einigung herbeizuführen, die im Wesentlichen folgende eintimmig beschlossene Vereinbarung zur Folge hatte: 1. Eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine halbe Stunde. 2. Erhöhung des Minimums um 3 Kronen, für Wien um 4 Kronen. 3. Einfügung einer Altersklasse bis zu 23 Jahren, für welche die bisherigen Löhne bleiben. 4. Erhöhung des Laufendpreises um Berechnen um 4 Heller. 5. Die Sechsmaschinenausschläge sind auf 30 bezw. 35 Prozent, je nach Arbeitszeit, festgesetzt. Das Leistungsminimum wurde gemäß den Sätzen im deutschen Tarif erhöht.

Ueber eine Reihe von Nebenfragen werden im Laufe dieser Woche weitere Verhandlungen vor der Großen österreichischen Tarifkommission stattfinden; etwa hierbei auftretende Schwierigkeiten sind aber von vornherein dadurch beseitigt, daß eventuelle Fragen, über welche die Parteien sich nicht einigen sollten, durch einen Schiedspruch des Sektionschefs Dr. Mataja, dem sich auch hierfür Vertreter des Deutschen Tarifamts zur

Verfügung gestellt haben, geschlichtet werden sollen. Es wird angenommen, daß diese Verhandlungen so rechtzeitig beendet werden, daß nächste Woche mit der Wiederaufnahme der Arbeit in den einzelnen Druckereien begonnen werden kann. Für Steiermark war übrigens die Bewegung schon vorher zugunsten der Gehilfen entschieden. Auch für die Hilfsarbeiter wurde dort ein Vertrag abgeschlossen, der ihnen brachte: Erhöhung der Mindestlöhne um zwei bis vier Kronen für Männer, eine bis zwei Kronen für die Frauen und allgemeine Lohnzulage um zwei Kronen für die Männer und eine Krone für die Frauen.

Zu welcher Weise sonst noch die Hilfsarbeiter bei der Bewegung abgeschnitten haben, können wir im Augenblick nicht feststellen, da uns nähere Nachrichten bis zur Stunde fehlen. Wir glauben aber, in nächster Nummer hierauf näher eingehen zu können. Für heute steht aber die erfreuliche Tatsache schon fest, daß die österreichischen Buchdruckereiarbeiter erfolgreich aus dem Kampf hervorgegangen sind, wozu wir sie nur beglückwünschen können.

Der Aufstieg der Arbeiterklasse und der Aufschwung der Industrie.

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit erzählen die Wortführer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Wunderdinge von dem ungeheuren Aufstieg der Industrie und der Volkswirtschaft, von der unerhörten Vermehrung des Nationalvermögens und des allgemeinen Wohlstandes. Besonders der Unternehmungsgeist der Kapitalisten und die „bewährte“ Wirtschaftspolitik soll diese günstige Aufwärtsentwicklung herbeigeführt haben. Und haben nicht auch in jüngster Zeit unsere bedeutendsten Regierungsvertreter erklärt, daß an der Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes die Arbeiter in dem gleichen Maße Anteil genommen haben wie die Unternehmer? Nun wohl, die arbeitenden Klassen sind an der Vermehrung des Reichtums und an dem Aufschwung der Industrie in hohem Maße beteiligt, aber in ganz anderer Weise, als glauben zu machen versucht wird. Bei keiner Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs — und mag sie einen noch so glänzenden Verlauf nehmen — fällt den Arbeitern und Arbeiterinnen von dem Arbeitsertrage mehr zu, als sie zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft unbedingt brauchen. Ja, nicht einmal das in ausreichendem Maße! Dem Unternehmertum stehen so viele Ersatzkräfte zur Verfügung, daß eine schnell verbrauchte Arbeitskraft nicht vollauf wiederhergestellt, sondern erbaumungslos aufs Pflaster geworfen wird. „Zu alt — wir kriegen jüngere Arbeitskräfte“ oder „hier ist keine Altersversorgungsanstalt“ oder „kranke Leute können wir nicht beschäftigen“, das sind so die bekanntesten Nebenwendungen der Unternehmer und Unternehmerselbstlinge. Das Unternehmertum nimmt zumest frische Arbeitskräfte und tut nichts für die Gefunderhaltung und Erneuerung der verbrauchten. Die Wohnungsverhältnisse der In-

dustriearbeiter liegen deshalb sehr darnieder und es werden keine umfassenden Maßnahmen für die Erholung der Arbeiter und Arbeiterinnen, wie Urlaubsgewährung und Genesungshäuser, vorgelesen. Ja, hinreichend gesunde Wohnungen und ausreichende Feriengewährung ist dem Unternehmertum in hohem Grade unerwünscht, weil die Lohnansprüche dadurch bedeutend steigen würden. Dasselbe gilt von allen Bestrebungen, die auf eine durchgreifende Hebung und Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft hincielen, und mit einer wahren Vernichtungswut zieht das Unternehmertum gegen das Koalitionsrecht, gegen die Arbeiterorganisationen, gegen Sozialreform und Arbeiterschutz zu Felde. Die Arbeiterklasse soll in Bedürfnislosigkeit erhalten bleiben, damit ihr Anteil am Arbeitsertrage nicht so sehr in die Höhe schnell und damit der Geldbeutel der Unternehmer geschnitten wird.

Von dem Arbeitsertrage läßt das Unternehmertum den arbeitenden Klassen deshalb nur so viel zukommen, als zur Beschaffung der notwendigen Nahrung, Kleidung und Wohnung benötigt wird; ganz gleich, ob die Industrie sich in einer Zeit des Aufschwungs oder Niedergangs befindet, höchstens, daß in Zeiten schlechten Geschäftsganges auch diese allernotwendigsten Mittel noch beschnitten werden. Es liegen ja billigere Arbeitskräfte gewissermaßen auf der Strafe, mehr denn je sind dann die von der allgemeinen Arbeitslosigkeit noch nicht betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen der Willkür und den Schikanen des Unternehmertums und der Antreiber ausgesetzt, die Versuche zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mehren sich von Tag zu Tag. Und diese Bestrebungen zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehen vor allem auch da ein, wo am wenigsten mit dem Widerstand der Arbeiterschaft gerechnet werden kann. So bleiben denn auch nicht die „Wohlfahrtsrichtungen“ verschont, mit denen das Unternehmertum so gern die Arbeiterschaft an den Betrieb fesselt und zu willigen und billigen Arbeitskräften „erzieht“, die Wohlfahrtsrichtungen, mit denen das profithungrige Unternehmertum so gern das öffentliche Gewissen bestören und das soziale Pflichtgefühl todschlagen möchte. Das sind keineswegs „haltlose Verbächtigungen“, die den „sozialen Zinn der Unternehmer“ herabsagen sollen, denn die Arbeiterschaft aller Industrien und aller Erwerbszweige kann lange Geschichten von grenzenlosen Schikanen, denen sie seitens der Unternehmer und Antreiber gerade in Zeiten schlechter Konjunktur ausgesetzt sind, kann lange Geschichten von Verschlechterungsbestrebungen der „sozial gesinnten“ Unternehmer erzählen. „Unliebame“ Arbeiter werden mehr als sonst abgeschoben und damit zugleich die übrige Arbeiterschaft eingeschüchtert, und wo die Unternehmer sich scheuen, dieses unsoziale Gebaren gar so offen zu betreiben, da wird mit Schikanen der gleiche Zweck zu erreichen versucht.

So wird den arbeitenden Schichten des Volkes reichliche Gelegenheit gegeben, über die

Bur Reorganisation unseres Finanzwesens.

I.

Die bisher erschienenen Artikel über die Frage „Was ist zu tun“ zeigen in ihrem Inhalt ohne Ausnahme den Willen, unsere Kassenverhältnisse auf jeden Fall einer Besserung zuzuführen. Jeder versucht, nach bestem Willen den rechten Weg zu zeigen, und das Bewußtsein, daß gebessert werden muß und der Wille dazu hat schon etwas für sich. Unser Finanzminister, Kollege Lohdahl, geht in seinen Artikeln, Nr. 39 und 40 der „Solidarität“, mit den besten Beispielen schon voraus, läßt aber auch schon in seinen Ausführungen herausheben, daß es eigentlich für uns nur eine durchschlagende Hilfe gibt, und zwar nennt er diese Hilfe das „Gespenst“ der Beitragserhöhung. Und es gibt wirklich nur ein Mittel, das uns besonders helfen kann, und das ist eben die Beitragserhöhung. Wir haben doch vor Gespenstern keine Angst mehr und wissen sehr gut, daß hinter diesen Gespenstern ganz natürliche Dinge stecken. Alle Beitragserhöhungen verzinsen sich doppelt für die Mitglieder, und das haben auch die Gewerkschaftsmitglieder schon begriffen, deswegen soll man die Frage der Beitragserhöhung für unseren nächsten Verbandstag ruhig jetzt schon aussprechen und diskutieren. Es handelt sich aber hierbei darum, wie wir diese Beitragserhöhung gerecht verteilen können oder besser gesagt, wie wir sie nach unseren Lohnverhältnissen für unsere Mitglieder festsetzen können und dürfen. Aus dem bisher Vorge schlagenen und was noch kommen wird, läßt sich ja sichten, und da wäre denn der Vorschlag des Kollegen Schmid, eine Kommission vor dem Verbandstage arbeiten zu lassen, nicht von der Hand zu weisen. Nur hat der Kollege Lohdahl noch einzelne andere Dinge herangezogen, die wohl einmal ausgesprochen werden mußten, ob aber seine Vorschläge zu einer Besserung führen, ist noch zu bezweifeln. Es ist ja ganz gut, wenn aufgezählt wird, wie viel Beiträge uns durch die Situation oder durch fehlerhafte innere Einrichtungen in einzelnen Zahlstellen verloren gehen, aber selbst, wenn im letzteren Falle auch eine Gesundung eintreten würde, bezweifle ich, daß eine namhafte Summe hierbei eingeholt werden könnte. 53 365 M. rechnet Kollege Lohdahl aus, die uns 1912 vermeintlich verloren gegangen sein sollen. Ich nehme an, daß, wenn eine Besserung bei der Kassierung in den einzelnen Zahlstellen eintreten würde, doch nur höchstens ein Achtel von der obengenannten Summe eingeht wird. Doch auch diese Summe würde schon nicht zu verachten sein, deswegen sage ich mit Lohdahl, daß auch hier eine Besserung eintreten muß, es fragt sich nur, auf welchem Wege diese Besserung kommen soll. Die Kollegen und Kolleginnen, die praktisch in den Zahlstellen arbeiten, wissen wohl, wo der Schuh drückt, aber wenn sie ihn nicht zerreißen wollen, müssen sie zu Hilarbeiten greifen, die nicht besonders gut sein können. Den Willen, etwas gutes zu leisten, haben doch alle Zahlstellenleiter, aber mehr zu leisten als in ihren Kräften steht, können sie eben auch nicht. Die einzelnen Funktionäre haben gewiß schon heute ihre Last, und der Personkreis eines Zahlstellenvorstandes ist bemessen, und außer diesen finden sich wenige, die bei der Organisationsarbeit mitwirken wollen. Eine Gesundung der Beitragskassierung kann nur dann eintreten, wenn auch die Personen zur Mitarbeit vorhanden sein werden. Das ist nun leider lange nicht der Fall. In den Groß- und Mittelstädten ist von vielen Organisationen die Hauskassierung eingeführt, und diese hat sich so herumgesprochen, daß selbst unsere Mitglieder meinen, ein Recht auf die Kassierung ihrer Beiträge zu haben. Die Raumberhältnisse einer größeren Stadt sprechen hier ebenfalls ein Wort mit. Wohnen die Mitglieder weit vom Kassierer, werden sie zum Zahlen ihrer Beiträge nur selten oder schließlich gar nicht kommen und so gehen uns die Mitglieder verloren. Nicht alle Städte haben so große Druckereien wie Berlin. In großen Druckereien sind immer eher Kollegen oder Kolleginnen zu finden, die die Kassierung übernehmen können und auch die Fähigkeiten dazu

haben. In Hamburg kann uns nur eine geregelte Hauskassierung vor Mitgliederchwund schützen, und wir sind auch dabei, unser Hauskassierungssystem immer mehr auszubauen. Es kommt aber vor, daß wir selbst in einzelnen größeren Druckereien nicht die nötige Zahl Kollegen und Kolleginnen zum Kassieren aufreiben können. Der Wechsel ist sehr häufig und dadurch ein Verlust an Mitgliedern dann leicht möglich. Bei all diesem ist nur die einzige Hilfe eine gute geregelte Hauskassierung und auch die nötige Agitation nebenher. Nur dann ist das Gewünschte, was der Kollege Lohdahl in Punkt 6 Einkassierung und Registrierung der Beitragszahlung ausspricht, möglich. So lange wir aber noch mit unserem jetzigen System arbeiten müssen, wird es niemals so werden, wie wir es wünschen. Die Situation in unserem Gewerbe ist nun einmal eine große, und dadurch ist auch die Möglichkeit, die Mitglieder besser zu erziehen, immer in engen Grenzen gehalten. Gewiß haben wir als Zahlstellenleiter eine gewisse Scheu residerende Mitglieder gleich zu streichen, denn wir wissen auch, wie schwer es uns wird, wieder zu organisieren. Ein Zell Papiersoldaten wird immer vorhanden sein, aber diese tun uns ja auch nichts. Durch das Streichen dieser Auch-Mitglieder geht uns kein Pfennig Beitrag mehr zu und die Zahlstellen, die heute ein Zell solcher Mitglieder noch mitschleppen, würden sich bei der Prozentberechnung ja bedeutend besser stehen, wenn sie diese streichen. Etwas anderes ist es, wenn die Zahlstellen nicht den nötigen Ueberblick über die Restanten haben, dann kann es leicht vorkommen, daß bei anscheinend kommender Arbeitslosigkeit schnell auf Umwegen die Reste beglichen werden, und der Unberechtigte kommt in den Genuß der Unterstützung. Aber auch hierin kann nur eine geregelte Hauskassierung helfen, und diese ist auch in unserem Verbands anzugreifen.

Für den Wegfall der Wöchnerinnenunterstützung kann ich mich nun ganz und gar nicht erwärmen. Es wird wohl immer gesagt, gleiche Rechte, gleiche Pflichten, aber wir müssen einsehen, daß manche unserer Kolleginnen Jahre hindurch ihre Beiträge bezahlen und kaum eine andere Unterstützung herausholen, als höchstens die Wöchnerinnenunterstützung. Sie heiraten, scheiden aus dem Beruf aus und erhalten nicht das Geringste vom Verbands wieder. Wenn da nun wirklich einzelne ihre Unterstützung herausholen und nach dem Bezug uns den Rücken lehnen, so halte ich das für nicht so sehr schlimm. Uebrigens ist ja die Summe 5320 M. für 1912 nicht so sehr hoch, als das sie für einen Klausreißer angesehen werden kann. Ich bin auch der Meinung, daß man Unterstützungen, die man nun einmal hat, nicht ganz in den Ortus verschwinden lassen soll. Viel gefährlicher erscheint mir der Vorschlag auf Einführung von Sterbeunterstützung. Es gibt doch heute andere Institutionen, in denen Sterbeunterstützung geschaffen und ausgebaut werden sollte, die Gewerkschaften sollten aber eine solche Unterstützung nicht mehr einführen. Es ist ja eigentlich auch ein Unsinn, wenn man Arbeitslosen- und Krankenunterstützung im gewissen Sinne reduzieren will und nebenher einen ganz ungewissen Unterstützungsweig einrichten möchte. Es wird da schon besser sein, wenn man bei dem bleibt, was besteht und da ausbaut und verbessert. Es hat meines Erachtens auch wenig Zweck, wenn man, wie es Kollege Schmid macht, zurückgreift und einzelnen Personen Vorwürfe macht, die doch nicht ganz berechtigt erscheinen. Wir wollen doch ganz offen eingestehen, daß wir bei der Festschreibung der jetzigen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung auf dem Münchener Verbandstage uns gar sehr veranlagt haben und sind alle dabei mitschuldig geworden. Um so mehr sind wir nun aber auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß wirklich eine Besserung kommt und nicht erst anfangen zu stinken.

Die „Solidarität“ könnte sehr gut in vier Seiten erscheinen, denn das Geld, das wir für die zwei Seiten sparen, kann bedeutend besser verwandt werden. Der Redakteur würde in seiner Arbeit etwas mehr entlastet und könnte in der Agitation Besseres schaffen, z. B. das Ausarbeiten

Beteiligung am gesteigerten allgemeinen Wohlstand nachzudenken. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden immer mehr zu der Erkenntnis gedrängt, daß sie wohl all den Reichtum erarbeiten und schaffen, aber daß sie nicht daran teilnehmen dürfen. Darin besteht die Anteilnahme der Arbeiterklasse am allgemeinen Wohlstand: in der Anteilnahme an der Erzeugung all der reichen Lebensgüter. Ja, in dieser Hinsicht läßt die besitzende Klasse gern den arbeitenden Volksschichten den Vorrang. Hier genießt das arbeitende Volk eine ganz offensichtliche Bevorzugung, und um die Arbeiterschaft ja nicht zu beeinträchtigen, zieht sich die Kapitalistenklasse mehr und mehr von der Anteilnahme an der Gütererzeugung zurück und beschränkt sich fast ganz auf das Einheimischen der ins Niesenhafte steigenden Gewinne. Da aber hört die Anteilnahme der Arbeiterklasse auf: bei der Anteilnahme am Arbeitsertrage, bei der Ausnützung all der reichen Lebensgüter. „Setzt kommen wir an die Reihe“ sagen die Kapitalisten, „erst hattet ihr Arbeiter und Arbeiterinnen den Vorzug, den Löwenanteil an der Gütererzeugung zu haben, nun wollen wir den Vorzug genießen, den Löwenanteil an den erzeugten Gütern zu haben.“ Das ist die kapitalistische Herrenmoral, daß denen, die all die reichen Lebensgüter schaffen, kaum so viel gegeben wird, als zur Frilung des Lebens notwendig ist, daß aber denen, die „im Gelde schwimmen“ und oft genug nicht den geringsten Anteil an der Gütererzeugung nehmen, ungeheure Gewinne mühelos in den Schoß fallen. Das ist die kapitalistische Herrenmoral, daß die besitzlosen Arbeiter als Knechte, die besitzenden Nichtstuer als Herren bezeichnet und behandelt werden. Und wehe den Arbeitern und Arbeiterinnen bei wirtschaftlichen Krisen! Dann tritt der Widerjinn und die Unmoral der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für sie so recht in die Erscheinung; dann sollen sie einmal kommen, und ihr Recht auf Lebensunterhalt geltend machen! Sie werden kurz abgewiesen und ihnen höhnisch bedeutet werden, zu sparen, solange sie Arbeit haben. Die dringend erforderliche gesetzliche Arbeitslosenversicherung ist von den Scharfmachern und Arbeiterfeinden oft genug als eine „Prämie auf die Faulheit“ beschimpft worden, und selbst von Regierungsorganen wurde den Gewerkschaften der „wohlmeinende“ Rat erteilt, ihre reichen Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen aufzuwenden, anstatt sie für die Streiks und Lohnbewegungen auszugeben. Ja, die Gewerkschaften! Wie gern würden es die Unternehmer und die Bollstrecker ihres Willens am Regierungstisch sehen, daß die bösen Gewerkschaften ihr soziales Tun einstellen und mit ihren Mitteln die Sünden der kapitalistischen Gesellschaft tilgen! Wie aber kommen die Arbeiter dazu, für die Unterlassungsünden der kapitalistischen Gesellschaft aufzukommen? Wie kommen sie dazu, von ihren Mitteln ausschließlich die durch unverschuldete Arbeitslosigkeit mittellose gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen zu unterhalten und die besitzenden Klassen ihrer sozialen Pflichten zu entheben? Tun sie nicht schon mehr, als ihnen zukommt, wenn sie Hunderttausende und Millionen für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder auswerfen? Wie aber verträgt sich das unsoziale Verhalten der Besthenden und der Regierungsorgane mit der schönen Erzählung von dem allgemeinen Wohlstand, an dem die arbeitenden Klassen den gleichen Anteil genommen haben sollen, wie die Unternehmer? Wenn diese Erzählung der Wahrheit entsprechen würde, so würden die Arbeitslosen nicht schon durch wenige Wochen der Arbeitslosigkeit an den Rand des Verderbens gebracht, vor dem sie nur durch das Eingreifen der Gewerkschaften, der modernen Arbeiterbewegung bewahrt bleiben!

Die Gewerkschaften allein sind es, die tatkraftig für die Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse eintreten. Wo der Aufstieg der Arbeiterklasse vor sich geht, da ist er auf den Einfluß und das Wirken der modernen Arbeiterbewegung, auf den wirtschaftlichen und politischen Kampf der organisierten Arbeiterschaft zurückzuführen. Und im Zeichen der Organisation wird sich der Aufstieg der Arbeiterklasse vollziehen.

von Agitationsmaterial für die Zahlstellenvorstände. Anregungen lösen doch immer wieder bessere und freudigere Tätigkeiten aus. Den Zahlstellenvorständen ist für die Ausarbeitung von besserem Agitationsmaterial keine Zeit gelassen, und ich glaube doch, auf diesem Gebiete muß die Zentrale in Zukunft etwas mehr tun. Selbstverständlich muß dem Zentralvorstand auch die die nötige Zeit und das Geld dazu gegeben werden. Unsere Mitglieder werden uns nicht darüber böse sein, wenn z. B. auch die Versammlungsberichte etwas mehr eingeschränkt würden, dafür aber auf anderem Wege Besseres durch die Vorstände geschaffen werden könnte.

Verschiedene der Artikelschreiber, die sich zu der Frage „Was ist zu tun?“ gemeldet haben, fürchten sich vor einer Beitragserhöhung und wollen lieber bei allen anderen Sachen, die der Kollege Lodahl anfangs seines Artikels angeführt hat, Änderungen vornehmen, die uns doch schließlich nicht die Hilfe bringen werden, die wir erwarten, und lange nicht die Hilfe bringen, die unbedingt nötig ist. Ich meine, wenn man nun einmal einseht, daß bedeutendere Summen zusammengebracht werden müssen, damit wir bei event. Kämpfen bestehen können, dann soll man auch ruhig sagen, was sein muß. Wenn schon bei einem Kampfe, wie wir ihn im Jahre 1911/12 im Steinrudgewerbe zu bestehen hatten, unser ganzes Geld aufgebraucht wird, dann nützt uns die Fiskuserei nichts. Ich meine, es ist immer besser, wir eden bei einem geringeren Teil unserer Mitglieder in ruhiger Zeit einmal an, als wenn wir später in schweren Zeiten vor allen Mitgliedern stehen, um ihnen zu sagen, wir können nicht, wie ihr wollt, weil wir kein Geld dazu haben. Warum denn nicht beides vornehmen? Regelung unserer Unterstützung und Erhöhung der Beiträge, nur beides kann uns helfen.

Unsere Volksfürsorge.

(Schluß.)

Wir können mit Zufriedenheit konstatieren, daß durch das Erscheinen der Volksfürsorge das ganze Versicherungsgeschäft in andere Bahnen gelenkt wurde. Hat es z. B. früher in dem Belieben jedes einzelnen gestanden, ob, wann und wie er sich versichern wollte, so sorgen heute eine Reihe von Organisationen dafür, daß keiner ihrer Angehörigen irrt geht und sich nicht etwa der „roten“ Volksfürsorge ergibt. Die Arbeitervereine z. B. haben sich für den Anschluß an die Gesellschaft „Friedrich Wilhelm“ entschieden, der Hauptauschuß „nationaler Arbeiterverbände Deutschlands wirtschaftsfriedlicher Richtung“, — kurz gesagt die Gelben — beschloß, sich zur „Öffentlich-rechtlichen Versicherung“ zu bekennen, die evangelischen Arbeitervereine, sowie die Hirsch-Dunderschen und ein Teil der katholischen Gewerkschaften haben Anschluß bei der „Deutschen Volksversicherung Aktiengesellschaft“ gefunden. Und nun wird von all diesen Organisationen liebevoll für das Wohl der Mitglieder gesorgt und gleichzeitig für große Zahlen von Versicherungsteilnehmern der verschiedenen Gesellschaften. Und wenn alle diese Vorsorge noch nicht ausreicht, der Volksfürsorge das Wasser abzugraben, so kann man als gelehriger Schüler noch in die Lehre gehen zu den Vorkämpfern der „Größe“, die in öffentlichen Versammlungen die Lüge verbreitet haben, daß die Volksfürsorge sich einen Direktor von der „Viktoria“ geholt habe, dem sie ein Jahresgehalt von 30 000 Mk. zahle — oder man wende sich an das Zentrum, das z. B. in Uedenborn bei Gelsenkirchen die Frauen zu einer öffentlichen Versammlung zusammenberief und ihnen dort nach einer Mahnung des Pfarrers Köther, dafür zu sorgen, daß ihre Männer sich dem katholischen Volksverein anschließen, von einem „Arbeitersekretär einen Vortrag über „die Aufgaben der katholischen Frau in der Gegenwart“ halten ließ. Nach diesem ist in der Volksfürsorge ein neuer Feind entstanden, der das christliche Familienleben bedroht. Mit diesem Feinde würden meist die Frauen zu tun haben, denn die Agitatoren werden immer

dann kommen, wenn sich die Männer auf der Arbeitsstätte befinden. Durch ein materielles gutes Anerbieten verschaffen sie sich Zugang in den Familien, aber die Umbahnung dieses Versicherungsverhältnisses sei die erste Forderung an die Sozialdemokratie. Den Frauen wurde dann noch auseinandergesetzt, „daß durch eine ungeheure Ansammlung von Geldmitteln die Volksfürsorge sich zu einem Geldentleihinstitut für den Stand der Hausbesitzer entwickeln werde“, und nach diesem ganz ungläublichen Salkomortale von der Sozialdemokratie zum Geldinstitut der Hausbesitzer kam dann der Redner aufs Geschäft zu sprechen und empfahl den Beitritt zur katholischen Leotasse.

Nichtig, das ist ja auch noch eine Art Versicherungsgesellschaft, die sich's nicht entgehen lassen will, in dem allgemeinen Aufruhr der Elemente ihren Fißzug zu versuchen. Hoffentlich gehört sie nicht zu denen, die das christliche Familienleben bedrohen — oder am Ende doch? Wenn nun z. B. ein Ehegatte sich von der Neutralität und Uneigennützigkeit der Volksfürsorge überzeugt hat und dort sich oder seine Angehörigen versichern will, der Verfechter der Leotasse aber macht unter Mithilfe von Kaplan und Pfarrer seinen Einfluß auf die Frau geltend, so daß diese sich dem Verlangen ihres Mannes widersetzt — könnte da nicht der Fall eintreten, daß das christliche Familienleben bedroht wird? Doch wir wollen uns darüber nicht den Kopf zerbrechen, mögen die Betroffenen das nur unter sich selbst ausmachen.

Eins aber steht für uns fest: Diese mannigfachen, teilweise ganz ungeheuerlichen Verbädigungen und Beschimpfungen sind für uns das beste Zeichen, daß wir mit unserer Volksfürsorge auf dem rechten Wege sind. Und ihre Aussichten müssen doch sehr gute sein, würden sich die Gegner andererseits derartig in geistige, materielle und moralische Unkosten stürzen, um uns zu bekämpfen? Wir wissen, daß die bisher bestehenden Versicherungsgesellschaften sich ungeheure Gewinne zuweilen haben auf Kosten der Versicherungsteilnehmer; wir wissen, daß Millionen in Prämien angelegt waren und werden, die niemals dem Zahler auch nur das Geringste einbringen, weil sie aus Mangel an Mitteln vor der Zeit verfallen; wir wissen auch, daß Direktoren und Aufsichtsräte mit klingvollem Namen Einkommen und Entschädigungen erhalten, die in gar keinem Verhältnis zu ihren Leistungen stehen; und wir wissen, daß auf allen diesen Wegen der minderbemittelten Bevölkerung viele Millionen Kapital entzogen worden sind.

Jetzt hat die Volksfürsorge ihr Reformwerk begonnen und will in Wirklichkeit sein, was ihr Name befagt: Fürsorge für das Volk in seinen wirtschaftlichen Nöten. Aufgebaut auf der freien Selbsthilfe der in den Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Volksgenossen, ohne Streben nach Gewinn, ohne kapitalistische oder politische Tendenz will sie der Bevölkerung Gelegenheit bieten, ihr Versicherungsbedürfnis bei ihr zu decken, mit der Versicherung, daß von den eingezahlten Geldern nichts verloren geht, daß aber der Versicherte teilnimmt an den Uberschüssen, die sich durch sparsame und umsichtige Verwaltung ergeben werden.

Dank der rührigen Verbearbeit der Gewerkschaften ist es gelungen, im ersten Halbjahr des Bestehens fast 75 000 Versicherungen abzuschließen und es ist anzunehmen, daß bei Erscheinen dieses Blattes die ersten Hunderttausend erreicht sein werden; und so besteht begründete Aussicht, daß in nicht allzuferner Zeit sich unser Versicherungsunternehmen als eins der größten wird präsentieren können. Durch seine innere Wahrsamkeit und seine durchsichtige Klarheit wird es sich immer mehr das Vertrauen der Volksgenossen erobern und in jedem neu gewonnenen Versicherungsteilnehmer wird auch ein neuer Agitator entstehen. Trotz aller Schwierigkeiten und trotz aller noch so gebäufigen Angriffe wird unsere Versicherung sich eine breite Bahn schaffen, weil sie besitzt, was den anderen fehlt — das Vertrauen der organisierten Arbeiterschaft! Und da jede Organisation das ist, was die Mitglieder aus ihr machen, so werden wir gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten

Arbeiter und Arbeiterinnen unsere wirtschaftlichen Selbsthilfebestrebungen uns selbst zu Nutz und allen Gegnern zu Trutz in wärmstem Maße übertragen auf die Volksfürsorge. G. r. t.

Korrespondenzen.

Dresden. Die diesjährige Generalversammlung fand am 28. Januar statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1913 wurde von dem Kollegen Franz Herrmann gegeben. In einstündigen Ausführungen ging der Redner auf die einzelnen Positionen erläuternd ein und bemerkte, daß mancher schöne Erfolg in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht worden sei. Wo es nicht möglich war, Fortschritte zu erzielen, lag die Schuld an der wirtschaftlichen Krise und zum Teil an dem Subdifferenzismus der Arbeiterschaft selbst. Die sehr ungünstige Konjunktur im Druckgewerbe führte dazu, daß in verschiedenen Betrieben wochenlang nur tageweise oder mit verkürzter Stundenzahl gearbeitet wurde. Ungeachtet dessen war es der rastlosen Tätigkeit der Verwaltung möglich, in mehreren Firmen Lohnzulagen und sonstige Vorteile für das Hilfspersonal herauszuholen. Auch hierbei konnte wieder die Wahrnehmung gemacht werden, daß nur in solchen Betrieben etwas zu erreichen war, wo die Organisierten stark vertreten waren. Auch hielten wir es für unsere Pflicht, in diversen Druckereien wegen gesundheitlicher, hygienischer und lokaler Mißstände und auch wegen ungenügender Schutzvorrichtungen vorstellig zu werden. Die reaktionäre Gesinnung der Dresdener Unternehmer, die in gewinnstüchtiger Weise das Hilfspersonal ihren Zwecken dienstbar machen, ist bekannt und deshalb ist ihr Widerstand gegen eine tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse leicht zu begreifen, da sich rechtlose Sklaven bebingungslos ihren Annahmungen fügen müssen. Die Fortschritte auf maschinentechnischem Gebiete greifen immer mehr um sich und absorbieren die menschliche Arbeitskraft, woraus der Unternehmer den Nutzen zieht, die Arbeiterschaft aber die Nachteile durch Arbeitslosigkeit zu tragen hat. Die Versammlungstätigkeit war eine sehr rege. Nicht nur in Mitgliederversammlungen wurden belehrende Vorträge gehalten, auch in den Vertrauenspersonenitzungen wurde damit ein Versuch gemacht, indem sich einzelne Kollegen freiwillig zu selbstgewählten Themas meldeten. Dieser Mobus soll auch in Zukunft beibehalten werden, und beabsichtigt man damit, die Redescheu zu beseitigen und die Einzelnen aus Sprechern zu gewöhnen. Tadelnswert ist, daß der Versammlungsbesuch nicht immer mit gut bezeichnet werden kann, trotzdem für interessante wissenswerte Vorträge jederzeit gesorgt wird. Abgehalten wurden im Verlauf des Jahres: eine Generalversammlung, sechs Mitgliederversammlungen, zwei graphische Kartellversammlungen, 69 Betriebsversammlungen, zehn Verwaltungsitzungen, vier Vertrauenspersonenitzungen, vier Vergnügungskommissionssitzungen, fünf Ortskrankenkassenitzungen, sechs Gewerkschaftskartellitzungen, eine graphische Kartellitzung, eine Hauskassiereritzung, sechs Kassenpositionen. Außerdem an vergnüglichen Veranstaltungen: zwei Langabende und zwei Partien. Die Ursachen des Mitgliederrückganges während des Geschäftsjahres sind bekannt, und war derselbe trotz intensiver agitatorischer Tätigkeit nicht aufzuhalten; jedoch steht zu erwarten, daß dieser Verlust bald wieder wett gemacht werden wird. Der Mitgliederzugang betrug insgesamt 89 männliche und 220 weibliche, der Abgang 88 männliche und 256 weibliche. Es waren somit am Ende des vierten Quartals 915 Mitglieder, und zwar 314 männliche und 601 weibliche zu verzeichnen. Auch bei der Mitgliederbewegung zeigten sich neben der gewöhnlichen Fluktuation die Nebenumstände der geschäftlichen Konjunktur, da allein 58 Mitglieder in anderen Berufen Arbeit fanden und 28 in andere Verbände übergetreten sind und somit gestrichen werden mußten. Der Arbeitsnachweis funktionierte im allgemeinen gut. Leider ist zu beklagen, daß ein Teil unserer Arbeitslosen den eigenen Nachweis nicht benützt und sich selbst Unterkommen sucht oder sich anderer Nachweise bedient. Letztere Ungehörigkeit führte dazu, daß eine Anzahl von Stellen für weibliches Personal nicht besetzt werden konnte; obne dies schädigt aber ein besseres Gebahren auch das Ansehen unseres Nachweises bedeutend, und die Prinzipale bedienen sich anderer Mittel, um die nötigen Arbeitskräfte zu erhalten. Für die Stein-scheifer wird die Arbeitsgelegenheit seltener, weil die meisten Firmen dazu übergehen, neue Schließ-

maschinen aufzustellen. In raffinierter Weise müssen in einigen Betrieben zwei dieser Maschinen von einer Person bedient werden, was leider als ein grober Verstoß gegen die Maximen und das solidarische Bewußtsein der Schleiferkollegen gebührend verurteilt zu werden verdient. Arbeitslos meldebefrei sind im Vorjahre 380 Personen. Gemeldete Stellen waren 378 vorhanden. Es wurden besetzt 273 Stellen. Nicht besetzt: 31 wegen zu niedrigem Lohn und 75 wegen Mangel an Personal. Selbst Stellung gefunden haben, in andere Berufe gegangen und arbeitslos geblieben sind 77 Personen. Unter geschickter Wahrnehmung der Umstände war es durch die Arbeitsvermittlung möglich, eine Mehrlohnsumme von 160,40 M. pro Woche für die Arbeitssuchenden herauszuholen. Die Arbeitslosenstatistik weist folgende Zahlen nach: 71 männliche Personen mit 1896 Tagen und 2472,65 M. und 87 weibliche Personen mit 997 Tagen und 992,60 M. Unterstützung; außerdem 37 männliche Personen mit 868 Tagen und 128 weibliche Personen mit 1093 Tagen ohne Unterstützung. Die Krankenstatistik weist nach: 79 männliche Personen mit 1175 Tagen und 858,50 M. und 136 weibliche Personen mit 2605 Tagen und 1198,90 M. Unterstützung; außerdem 31 männliche Personen mit 740 Tagen und 88 weibliche Personen mit 1413 Tagen ohne Unterstützung. Die Korrespondenz weist 1035 Eingänge und 1618 Ausgänge nach. Desgleichen sind für die Agitation usw. 20 913 Schriftstücke hergestellt bzw. vervielfältigt worden. In seiner Eigenschaft als Gauleiter war Kollege Franz Herrmann je einmal in Waizen und Woidau und zweimal in Chemnitz anwesend. In der Diskussion zum Jahresbericht wurden einige Fragen von Franz Herrmann richtig gestellt, besondere Monitas aber nicht gemacht und hierauf vom Revisorenobmann, Kollegen Thirach, der Antrag auf Entlastung des Kassierers gestellt, welche einstimmig erteilt wurde. Zu den Neuwahlen übergehend, übernahm ein Wahlkomitee von vier Personen den mittelst gedruckter Stimmzettel vorzunehmenden Wahlakt. Nach beendeter Stimmenauszählung wurde das Resultat vom Vorsitzenden bekanntgegeben. Vorsitzender ist Kollege Paul Herrmann, Verwaltungsmittglieder die Kollegen Sünberhauf, Drechsel, Tränker, Gubisch und die Kolleginnen Zahn und Mehnert. Die Revisionskommission besteht aus den Kollegen Thirach und Bartel und der Kollegin Süßenbach. Desgleichen wurde noch eine 15 gliederige Vergütungskommission gewählt. Die von der Verwaltung und Vertrauenspersonenführung vorgeschlagene Unterstützung für Arbeitslose bei Versammlungen mit 30 Pf. pro Person wurde einstimmig akzeptiert. Ferner erfolgte die Bekanntgabe des von der Vergütungskommission ausgearbeiteten Programms für das laufende Jahr, wonach am 20. Januar ein Lichtbildervortrag, am 14. Februar ein Familienabend, am 8. März ein geselliges Beisammensein der Nacharbeiter, am 10. Mai eine Partie nach Wilsdorf, im August eine Partie nach Ullersdorf und am 7. November ein Tanzabend abgehalten werden soll. Der Besuch der Leipziger Ausstellung ist noch näher zu bestimmen. Die nächste Versammlung soll am 10. März stattfinden. Nach einigen Bemerkungen über interne Angelegenheiten fand die gut besuchte Versammlung um 1/2 12 Uhr ihren Abschluß. (Eingeg. 2. 2.)

Görlitz. Generalversammlung am 16. Januar. Wie aus dem Jahresbericht hervorging, ist die Zahl der Mitglieder im Berichtsjahre um neun gestiegen, so daß die Gesamtzahl am Schlusse desselben 29 beträgt. Es wurden insgesamt zwölf Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung abgehalten. Als Referenten waren in den Mitgliederversammlungen die Herren Richter und Sohn und in der öffentlichen Versammlung welche in der Hauptfrage die Agitation betraf, Kollegin Thiede-Berlin anwesend. Ferner konnte im Berichtsjahre in der hiesigen Arbeiterdruckerei ein Hausstark abgeschlossen werden; wir hoffen, diesen auch in den anderen hiesigen Druckereien einzuführen. Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß der Versammlungsbesuch bisher sehr zu wünschen übrig ließ und hoffen, daß die Mitglieder im neuen Jahre unseren Bestrebungen ein regeres Interesse entgegenbringen. (Eingeg. 20. 1.)

Kaufbeuren. Die am 25. Januar stattgefundene Generalversammlung hatte sich in der Hauptfrage mit der Neuwahl des Vorstandes zu beschäftigen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Burger, als zweiter Vorsitzender Kollege

Wittmann, als Kassierer Kollege Seemann und als Schriftführer Kollege Buchart. Als Revisoren wurden die Kollegen Thoma und Denhardt und als Kartellbelegierter Kollege Wagner gewählt. Zu Unterkassiererinnen wurden die Kolleginnen Ketter, Ziegler und Schögenmeier ernannt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß sich die Mitglieder mehr der Verbandsarbeit und der Agitation unter den Unorganisierten widmen mögen, damit die Interessen der Kollegenschaft noch besser wie bisher vertreten und gefördert werden können. (Eingeg. 2. 2.)

Eingegangene Druckschriften.

Adolf Braun: Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Eine Sammlung von Abhandlungen. Nürnberg 1914. Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei. VIII und 503 Seiten Groß 8^o. Preis elegant gebunden 6.— M.

Unsere gewerkschaftliche Literatur wurde durch ein Buch bereichert, das Genossen Adolf Braun zum Verfasser hat, der sich seit langem mit den Problemen des Gewerkschaftswesens befaßt. Eine Auswahl aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen bringt dieses Buch: geschichtliche, darstellende, auch kritische und vor allem agitatorische Darstellungen über die Entwicklung der Gewerkschaften, über die Streitfragen in Deutschland und im Auslande, dann über die Organisationsarbeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, über Kampfziele und Kampfmethoden der Gewerkschaften, weiter Abhandlungen über die Tarife, über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, über die Probleme der Arbeitslosigkeit und der gewerkschaftlichen Statistik, endlich Auseinandersetzungen über Gewerkschaften und Unternehmern.

Briefkasten.

An verschiedene Einsender: Mit Bleistift geschriebene Einsendungen werden nicht veröffentlicht. — Hannover. Bericht und Artikel wegen Raummangel zurückgestellt. — Dresden. Aus dem an sich schon umfangreichen Bericht mußte die Tabelle und einiges weniger wesentliche gestrichen werden. — E. M., Dresden. Und über ein kleines kommen auch Sie wieder zu Worte. — D. R., Leipzig. Artikel erscheint demnächst. — Berichte aus Leipzig und Woidau i. Sa. wegen Raummangel zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Adressenveränderungen.

Augsburg.
Vorsitzender u. Arbeitsnachweiser:
Fritz Lehmeier, Emilienstr. 19.
Kassierer: Adolf Martin, Nehmstr. 11 II.

Bremen.
Vorsitzender u. Arbeitsnachweiser:
Heinrich Schab, Seeren 6/8 IV.
Kassierer: Frau Johanna Raab, Redarstraße 3 I.

Schwerin (Meckl.)
Vorsitzender: Wilhelm Fhbe, Schwerin, Schäferstr. 12.
Kassierer: Otto Schumacher, Schwerin, Grüner Winkel 5.

Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Gau 4: Augsburg 130.54 M.
Gau 4a: Würzburg 36.49 M.
Gau 6: Weimar 15.— M.
Gau 8a: Dessau 1.29, Wittenberg 95.01 M.
Gau 9: Bielefeld 141.95, Gronau 16.59 M.
Gau 10: Bremen 395.65, Schwerin 49.80 M.
S. Loda Hl.

Am 28. Januar starb nach schweren Leiden unser treues Mitglied

Tuise Schuckelt

(Firma Sperling & Co.)

im Alter von 47 Jahren.

Ein ehrendes Andenken wird ihr stets bewahren

die Bahnhalle Magdeburg.

Codesanzeige.

Am Sonnabend, den 31. Januar, starb plötzlich und unerwartet unser Mitglied und Kollegin

Selma Kettner

im 21. Lebensjahre.

Möge ihr die Erde leicht sein!

Die Bahnhalle Braunschweig.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Infolge unserer Bekanntmachung vom 22. Dezember 1913, betreffend die Wahlen der Vertreter und der Erbsamänner zum Ausschuß der Kasse für die Zeit bis 31. Dezember 1917, sind von den Versicherten zwei Wahlvorschläge beim Vorstande eingereicht worden, welche beide als gültig anerkannt sind.

Der erste Wahlvorschlag, eingereicht durch die Herren Albert Massini und Rudolf Albrecht, beginnend mit dem Namen **Albert Massini** und endigend mit dem Namen **Ernst Barschat**, erhielt die Bezeichnung

Liste I.

Der zweite Wahlvorschlag, eingereicht durch die Herren Franz Kleefoth und Ernst Siler, beginnend mit dem Namen **Wilhelm Fischer** und endigend mit dem Namen **Max Walter**, erhielt die Bezeichnung

Liste II.

Die Wahlvorschläge können im Kassenlokal, **Alexanderstr. 44, Hof links II**, wochentags in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr eingesehen, auch die Wahlausweise für die Mitglieder in Empfang genommen werden.

Die Wahl findet am

Sonntag, den 15. Februar 1914,
von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr

in den in unserer Bekanntmachung vom 22. Dezember 1913 angegebenen Wahllokale statt, dieselben sind auf der Rückseite der Wahlausweise ausgeführt.

Der Stimmzettel hat die Ordnungsnummer des Wahlvorschlages zu enthalten, für die der Wähler stimmen will. Er muß von weißer Farbe und einer Größe von 10×8 cm sein.

Von den Arbeitgebern ist nur ein Wahlvorschlag, eingereicht durch die Herren Artur Schölem und Franz Franke, beginnend mit dem Namen **Dr. Gustav Breithaupt** (in Firma Gempel u. Co. S. m. b. H.) und endigend mit dem Namen **Siegfried Lesser** (in Firma Syd u. Friedländer) eingegangen; derselbe wurde ebenfalls als gültiger Wahlvorschlag anerkannt.

Die in dieser Liste an erster Stelle benannten fünfzehn Arbeitgeber gelten nach § 9 der Wahlordnung ohne Wahlgang als Vertreter der Arbeitgeber im Ausschuß der Kasse bis zum 31. Dezember 1917, die in der Liste weiter benannten dreißig Arbeitgeber als deren Stellvertreter für die gleiche Zeit gewählt. Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses bei dem Kassenvorstand oder dem Versicherungsamt der Stadt Berlin angefochten werden.

Berlin, den 26. Januar 1914.

Der Vorstand.

J. Blenz, Vorsitzender.

Otto Wontkhi, Schriftführer.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 6.

Berlin, den 7. Februar 1914.

20. Jahrgang.

Der innere Zusammenhang zwischen Arbeiterinteressen und Konsumenteninteressen.

(Schluß.)

3. Aber damit tut der Kunde drittens noch etwas, woran er am allerwenigsten zu denken pflegt. Wenn z. B. so eine Anzahl Leinenfabrikanten in Bielefeld ihre Ware nicht mehr loschlagen können, weil die Kunden oder ihre Frauen sich gewöhnt haben, schlesisches Leinen zu kaufen, so müssen die Fabrikanten in Bielefeld Arbeiter entlassen, weil sie keinen Absatz für deren Produkte haben und in Schlesien müssen die Fabrikanten solche anstellen, um die Kundenschaft befriedigen zu können.

Wer also stellt in Wahrheit die Arbeiter an und entläßt sie? Im einzelnen tut es der Unternehmer; er hat dem einzelnen gegenüber die Wahl, ob er gerade ihn oder einen anderen anstellen will. Aber im großen und ganzen hat er, da er Profite machen und vergebliche Kosten sparen muß, keine Wahl. Er muß Arbeiter entlassen, wenn er nichts mehr für sie zu tun hat, und muß Arbeiter anstellen, wenn er mehr Bestellung hat, als er mit den vorhandenen Kräften erledigen kann.

Das heißt also drittens: In Wahrheit ist es genau umgekehrt, wie es äußerlich aussieht. Die Kunden stellen die Arbeiter im ganzen an, nicht die Unternehmer.

Und wenn nun die Arbeiter selbst ihrerseits als Kunden auftreten, so sind sie es am Ende gar selbst, die sich an einem Plage arbeitslos machen und an einem anderen Plage wieder anwerben. Die Arbeiterfrauen, die in Masse bei einem bestimmten Geschäfte kaufen oder nicht kaufen, stellen da vielleicht ihre eigenen Männer oder Söhne an oder machen sie arbeitslos und wissen nicht das geringste davon.

Merken die Arbeiter nun wohl den entscheidenden Punkt, wo ihr Arbeiterinteresse mit ihrem Käuferinteresse auf das allerdirekteste zusammenhängt, und wo sie als Käufer ihr eigenes Schicksal auch als Arbeiter bestimmen? Das ist der Kernpunkt, den Marx unter den damaligen Verhältnissen noch nicht sehen konnte. Auf die Einsicht in diesem Punkt kommt geradezu alles an.

4. Aber wenn dem so ist, so folgt daraus noch ein weiteres von gleicher Wichtigkeit. Die Räder stehen stille, wenn das Werk keinen Absatz hat, und die Maschinen werden dann altes Eisen. Damit hören sie also auf, auch ihrerseits Kapitalcharakter zu haben; sie sind weder Produktionsmittel noch Ausbeutungsmittel mehr. Der Kapitalist dagegen, der viele Kunden erhält, bekommt soviel mehr Profite, daß er sein Betriebskapital bald erweitern kann.

Indem also die Kunden den einen Unternehmer verlassen und sich dem anderen zuwenden, expropriieren, d. h. enteignen sie den einen Kapitalisten und schenken das Kapital dem anderen.

Das aber betrifft nicht nur direkt das wirkliche, in Maschinen und dergleichen angelegte Kapital, indirekt wirkt es in ganz gleicher Weise auch auf das falsche, in bloßen Tributwerten bestehende Rentenkaptal der Grund- und Haus- und Grundbesitzer. Wenn sich gleichzeitig alle Kunden von den Fabriken und Geschäften einer großen Stadt wegwenden, so werden sie notwendig nicht nur die Arbeiter und viele Geschäftsleute davon wegtreiben, es werden dann auch die Wohnungen leer stehen, die Grundpreise sinken, und da, wo die Kunden die Ware kaufen, werden Arbeiter und Geschäftsleute hinströmen, die Wohnungen und Grundwerte werden steigen. Die Kunden also expropriieren und verschicken auch das Rentenkaptal. Die Kunden sind es also, welche in strengster Konsequenz der marxistischen Grundgedanken endlich die Werte und Mehrwerte dem

Kapital realisieren, zweitens die Profite verteilen, drittens die Arbeiter anstellen und auf die Straße werfen, viertens endlich sind sie die letztgültigen Schenker des wirklichen Kapitals, sowie des Rentenkaptals. Das heißt aber: Die Kunden, die Käufer haben die ganze wirtschaftliche Macht in der Hand.

Daraus ergibt sich ganz offenbar, daß nur die eigene Torheit und Gedankenlosigkeit der Menschen als Kunden den Kapitalisten die Macht geschenkt und die heutigen Monopolsmächte über uns groß gezogen hat. Diese Torheit ist es, welche letztere auch heute noch Jahr für Jahr um Milliarden mächtiger macht, bis sie uns völlig erdrücken müssen. Daß die Kapitalisten diese Torheit und Kulturwillenlosigkeit der Massen zu ihrem Vorteile benutzen, dürfen wir kaum schelten, zumal wenn wir bedenken, daß wir ohne sie heute noch allesamt im Mittelalter ständen. Schelten dürfen wir im Grunde — nur uns selbst. Daraus aber ergibt sich auch das Verfahren, das wir einzuschlagen haben: Auf demselben Wege, auf dem die Arbeiterkunden samt den übrigen Kunden dem Kapital die Werte schenken, können sie sie auch sich selber schenken und zum Erwerb von Produktionsmitteln verwenden. Damit wäre — wie die Arbeiterbewegung ja auf ihre Fahne schreibt — das Kapital ohne weiteres im wesentlichen „expropriert“ und die Produktionsmittel wären in die Hand der Gesellschaft übergeführt, die sie nun zu eigenem Nutzen in Bewegung setzen könnten. Sie verlieren dann ihren ausbeutenden Kapitalcharakter ganz von selbst.

Wird das die Bevölkerung, wird das vor allem die Arbeiterschaft einsehen und demgemäß handeln? Das ist — die soziale Frage der heutigen Zeit. So tritt sie vor allem an die Arbeiter als brennende Lebensfrage heran.

Es bedarf zu deren praktischer Beantwortung nur des allgemeinen Entschlusses, das heutige plan- und ziellose Vergewenden der eigenen wirtschaftlichen Macht in planmäßigem, ziel- und zweckbestimmtem gemeinschaftlichen Handeln zu überwinden. Es bedarf dazu nicht einmal irgendwelcher Opfer, wie sie die Gewerkschafter als Arbeiter bringen müssen, sondern nur der Vereinigung der Arbeiter und der ihnen nahestehenden Volksteile als Kunden.

Wozu die Industriearbeiter im engeren Sinne verfügen heute, wie gesagt, über 10—12 Milliarden an Kaufkraft, und zu ihnen stoßen noch die übrigen Arbeiter samt Angestellten, Beamten, Pensionäre usw. mit einer weiteren Kaufkraft von ebenfalls 10—12 Milliarden. Also 20—24 Milliarden, d. h. über die Hälfte der gesamten nationalen Kaufkraft liegt in den Händen von Arbeitern; die Millionen von Kleinbauern und Kleinbürgern mit ihren Milliarden an Kaufkraft, die in anderen Ländern bereits mehr als bei uns genossenschaftlich organisiert sind, sind dabei nicht mitgerechnet. Von dieser ungeheuren Kaufkraft aber verstehen die Arbeiter heute in Deutschland erst ungefähr eine halbe Milliarde, in England anderthalb Milliarden in genossenschaftlicher Weise für sich selbst zu realisieren. Sie nehmen damit an dem Kapital sichtbaren Vorteilen in Deutschland etwa 40 Millionen, in England etwa eine Viertel-milliarde ab. Eine Bagatelle gegenüber der Kaufkraft der Massen! Die organisierte Macht steht also noch in einem geradezu kläglichen Mißverhältnis zur wirklichen Macht.

Schuld daran aber ist nicht nur der Umstand, daß die Bevölkerung, vor allem die Arbeiter noch so überaus wenig zur Genossenschaft zustreben, so wenig in ihr realisieren. Sie können heute in der Tat noch nicht allzubiel in ihr realisieren, weil sie einen weiteren Punkt von geradezu ausschlaggebender Wichtigkeit mißachten. Sie nützen die dem Kapital abgenommenen Beträge zu unmittelbarem persönlichen Vorteil, statt zur Befreiung von der Kapitalmacht.

Die Konsumgenossenschaft kann der Arbeiterschaft und damit der Gesamtheit nur dann ein Befreiungsmittel vom Kapital werden, wenn sie sozial, mindestens aber nicht hinterkapitalistisch behandelt wird. Das heißt aber, der dem Kapital abrealisierte Betrag darf nicht verzehrt, sondern muß wenigstens zum größten Teile zum Erwerb von Produktionsmitteln verwendet werden. Erst derjenige Nutzen, der aus deren Verwendung entspringt, darf dem einzelnen zukommen. Im sozialen Gemeintwesen muß ja, wie Kautsky sagt, der der Gesamtheit zufallende Betrag größer sein als beim Kapital. In der heutigen Genossenschaft aber wird das selbst von „sozialistischen“ Arbeitern genau umgekehrt gemacht. Es wird dem Gemeintwesen noch nicht entfernt soviel zugefügt, wie es das Kapital zu tun pflegt. Statt sich zuerst Betriebe, Grund und Boden, Wohnungen damit zu beschaffen, statt sich damit alsbald ungeheure wirtschaftliche Machtmittel und erst dann individuelle Vorteile zu erwerben, nehmen die Arbeiter der Genossenschaft von vornherein fast alles individuell, teils als „Dividende“, teils als erhöhten Arbeitslohn weg. Statt das Nalbüchen zu füttern, damit es nachher als Kuh reichlich Milch gebe, fressen sie ihm sogar selbst die Futtermilch weg, hungern es aus, und füttern dann mit ihrer Kaufkraft — das Kapital. Das ist heute praktischer Sozialismus.

So sehr man es den oft armen Arbeiterfamilien und gar Witwen von Herzen gönnt, wenn sie ein paar Mark als Rückvergütung heimtragen, so muß man es trotzdem dann verurteilen, wenn dabei die Sucht nach dem Augenblicksvorteil die Zukunft verschlingt. Es stimmt nicht zusammen, wenn dieselben Leute, die über das Kapital schelten und den Sozialismus predigen, hier topf- und rücksichtslos die eigenen Sozialbetriebe aushöhlen. Das ist kraß individualistisches, aber in keiner Weise sozialistisches Tun zu nennen. Das Hinterste, der Individualnutzen, ist da vor das Vorderste, die Ergreifung der Produktionsmittel, gesetzt, durch welche erst Machtmittel geschaffen, der Individualnutzen selbst erst gesichert und gemehrt werden kann.

Ebenso möchte man den Genossenschaftsarbeitern persönlich ihre höheren Löhne und besseren Arbeitsbedingungen in der Genossenschaft gönnen, und noch mehr dazu. Aber sozial muß man es verurteilen, wenn einige zufällige Genossenschaftsarbeiter ihren Kameraden, die noch im Kapitalbetrieb arbeiten müssen, einen Teil von dem wegnehmen, was nicht etwa die paar Genossenschaftsarbeiter geschaffen, sondern was alle Mitglieder zusammen als Kunden dem Kapital entzogen haben. Man muß es besonders dann verurteilen, wenn der eigene Betrieb dadurch gelähmt und kampfunfähig gemacht wird. Das letztere aber ist bereits heute in gar manchen Betrieben der Fall, da die genossenschaftlichen Stundensöhne die kapitalistischen öfters um 50 bis 100 Prozent übersteigen. Müssen infolgedessen auch die Preise hochgestellt werden, so laufen die Mitglieder — oft gerade dieselben Leute, die jene Löhne gefordert haben — zum billigeren Kapital und schenken ihm die Profite. Sie verschütten damit mit eigener Kraft die Quellen, aus denen die Löhne überhaupt erst fließen können. So werden diese Arbeiter sowohl zu Ausbeutern ihrer eigenen Kameraden, als auch zu Hindernissen der Weiterentwicklung der gesamten Arbeiterbewegung.

Wie also haben sich die Gewerkschaften als berufene Vertreter speziell der Arbeiterinteressen angefaßt der genannten Sachlage heute dem Konsumverein gegenüber zu verhalten? Das ist die für beide Teile wichtigste Frage.

Wenn sie bloß den Lohngefahrpunkt der einzelnen Arbeiter in Anschlag bringen, so werden sie natürlich der Genossenschaft gegenüber genau wie dem Kapital gegenüber nur den Arbeit-

nehmerstandpunkt gegenüber dem Arbeitgeberstandpunkt herauszueben; sie werden ohne Rücksicht auf andere Interessen so viel für ihre Leute herauszuschlagen suchen, als möglich ist. — Wenn sie aber den dargelegten Zusammenhang zwischen den Arbeiterinteressen und den Kapitalinteressen der Arbeiterschaft insgesamt in Anschlag bringen, so werden sie ganz anders zu handeln genötigt sein. Sie werden verstehen, daß auch für den gewerkschaftlichen Kampf gegen das Kapital viel davon abhängt, ob die Genossenschaft als wirksame Konkurrenzmacht gegenüber dem Kapital großgezogen wird. Und so werden sie geradezu zu verbinden genötigt sein, daß einzelne Arbeitergruppen die größere Schwäche und Nachgiebigkeit der Genossenschaft ausnützen dürfen, um sich auf Kosten ihrer Kameraden und zum Schaden der allgemeinen Arbeiterinteressen wesentliche Vorzugsbedingungen zu verschaffen. Denn die Gewerkschaften haben nicht das mindeste Interesse daran, den paar Genossenschaftsarbeitern Vorzugsstellungen auf Kosten der außenstehenden Arbeiter zu schaffen, die gar nicht mehr vorbildlich zu nennen sind. Vorbildlich sind sie doch nur so lange, als sie das Kapital zwingen können, sie nachzubilden. Sie sind das Gegenteil, wenn sie ihm geradezu ermöglichen, die Genossenschaften leichter nieder zu konfiszieren. Das wäre rundweg gewerkschaftlicher Selbstmord. Die Gewerkschaften haben im Gegenteil das allergrößte Interesse daran, alsbald einen mächtvollen Stützpunkt in der Genossenschaft für alle Arbeiter zu gewinnen. Deshalb werden sie wohl — für's erste wenigstens — bis die Löhne auch im Kapitalbetrieb entsprechend zu erhöhen sind, im allerersten Interesse den Genossenschaftsarbeitern ein Halt gebieten müssen, wenn diese nicht von selbst die nötige Einsicht zeigen sollten. Andernfalls werden sie in Wäde mehr Pflöde juridischen müssen, als sie heute vorgesteckt haben. Sodann aber werden die Gewerkschaften auch mit allen Kräften auf die andere Seite der Sache einzuwirken veranlaßt sein, auf die Schaffung von Sozialmacht als der ersten und unerläßlichsten Hauptfache, der Grundfrage zu höherem Lohn und allem anderen Vorteil. Sie werden also eine Minderung der Dividende zugunsten der rascheren Eroberung der Produktionsmittel erzwingen müssen. Freilich kann das nicht plötzlich geschehen. Denn wenn beim heutigen sozialen Bewußtsein der Massen die Rückvergütung plötzlich ganz oder grotzenteils beseitigt würde, so würden die umgeschulten Mitglieder wieder in Massen zum Kapital laufen und ihm die Mehrwerte schenken. Die Genossenschaft aber säße auf dem Trockenen. Da hätte man denn auch den zweiten Schritt vor dem ersten getan. Der erste Schritt aber ist systematische Aufklärung, die in Versammlung und im Privatverkehr ebenso wie in den gewerkschaftlichen und sonstigen Organen den oben dargelegten Interessenzusammenhang immer fester in das Bewußtsein einprägen müßte. Dann wäre es vielleicht möglich, daß jedes Jahr ein Viertel bis einhalb Prozent vom Umsatz mehr als im Vorjahre dem Genossenschaftsvermögen zugeführt würde, bis wenigstens drei bis vier Prozent des Umsatzes alljährlich hinzutämen. Damit erst würde eine wirklich mächtige Aufwärtseentwicklung ermöglicht. Bei solcher Zunahme des von Zinsbrud freien Sozialvermögens würden sich alsbald auch die individuellen Vorteile sowohl für Mitglieder als für Genossenschaftsarbeiter ganz von selbst weit, weit höher stellen als heute. Die Zahl der in den Genossenschaften anzufindenden Mitglieder der Gewerkschaften würde zugleich gegen heute enorm zunehmen. Dann erst könnte die Genossenschaft auch der Gewerkschaft ein wirklich mächtiger Stützpunkt werden. Daß eine solche Gebühre — es wären zunächst doch nur ein paar Millionen — aus Mangel an tüchtigem Verwaltungspersonal nicht von den Genossenschaften verdaut werden könnte, wie kürzlich jemand, dem man bessere Einsicht zutrauen sollte, meinte, brauchen wir nicht zu besorgen. Nicht an begabten Leuten, sondern an deren Ausbildung fehlt es. Wenn wir Geld hätten, könnten wir deren Ausbildung selbstverständlich leichter und reichlicher besorgen, als wenn wir wie heute knausern müssen. Und auch wenn wir das Geld

wirklich nicht voll in eigenen Betrieben verwenden könnten, so bliebe Erwerb und Bau von eigenen Wohnungen, Erwerb von Grundstücken. Wären sie auch nur durch Verpachtung zu nutzen, das Miet- und Pachtgeld diene doch hier dem sozialen Machterwerb der Gesamtheit, nicht dem Kapitalvorteil einzelner. Der gemeinsame Bodenerwerb im großen Stil muß doch einmal auf die Fahne geschrieben werden, wenn auch natürlich nie zum Nachteil der Betriebsentwicklung. Denn nur im Boden ruht, wie schon Marx betont, die eigentliche Macht; wie heute die kapitalistische, so auch später die sozialistische. Dazu braucht man lange nicht allen Boden zu besitzen. Wenn heute Deutschland von nicht hunderttausend Grund- und Minenbesitzern beherrscht wird, die zusammen kaum den dritten Teil des deutschen Bodens innehaben, so würde schon ein noch weit kleinerer Teil in der Hand von Millionen wenigstens als Gegengewicht ausreichen.

Das alles zu befördern genügt es aber nicht, daß wir intelligente und weitsehende Genossenschaftsbeamte haben. Denn sie, ob sie auch noch so tüchtig und einflußreich wären, sind doch letztgültig nur die Beauftragten der Konsumentenmassen, der wirklichen Herren der Genossenschaft. Jene können also keine wesentlichen Fortschritte bewirken, wenn diese Arbeitermassen selbst ihren eigenen Dauernutzen nicht erkennen und ihre Genossenschaft noch nicht einmal vorgeschritten kapitalistisch, geschweige denn sozialistisch zu behandeln imstande sind.

Wenn es hier besser werden soll, so kann es nur aus der Mitgliedschaft selbst heraus unter der Führung der organisiertesten und intelligentesten Teile derselben geschehen; d. h. unter der Führung der Gewerkschaften. Auf ihnen ruht gerade heute in einem überaus entwicklungs-kritischen Zeitpunkt, wo die Genossenschaften zwar rasch emporgeschossen, aber noch überaus empfindlich und schwankend sind, die Entscheidung. An ihnen wesentlich liegt es, ob die Genossenschaften alsbald einer höheren Blüte entgegengehen und den Sozialismus verwirklichen helfen, oder ob sie nochmals für lange Zeit hinflehen, ja gar wieder verkümmern sollen.

Korrespondenzen.

Augsburg. Die Generalversammlung am 25. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Leonhard Späte, dessen Andenken durch Erbeben von den Aläpen geehrt wurde. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß Späte Mitglied der freiwilligen Sterbekasse war und das Sterbegeld von 100 Mk. an die Witwe ausbezahlt wurde. Sodann gab Kollege Lehmeier den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß wir uns trotz des schlechten Geschäftsganges, ganz besonders in der Firma Burger, wo von einem regelmäßigen Betriebe seit einem Jahre nicht mehr gesprochen werden kann, auf der Höhe gehalten haben und die abgelassenen Löhne wieder erneuern und auch verbessern konnten. Die Geschäfte der Organisation spiegeln sich in zwölf Ausschüßsitzungen, acht kombinierten Sitzungen, fünf Lohnkommissionsitzungen, 54 Geschäftsversammlungen, einer Generalversammlung und zehn Mitgliederversammlungen, davon acht mit Vorträgen, ab. Die Mitgliederversammlungen waren bis auf eine durchwegs gut besucht. Den weitaus größten Teil der Versammlungsbesucher stellte die Firma Burger und der Buchdruck, die schlechtesten Versammlungsbesucher die Firma Fiel. Vortrefflich mußte der Vorsitzende in 14 Fällen werden, und zwar in den Firmen Zimmer, Aubele, Reichel, Burger, Pfeifer und Welch. Vom Arbeitsnachweis wurden zwölf Kolleginnen und vier Kollegen vermittelt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Barth und zeigte, daß wir nicht nur in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unseren Mann stellten, sondern auch an Unterstützungen in diesem Jahre ganz Erhebliches leisteten, denn rund 1100 Mk., die wir an Unterstützungen verausgabten, ist eine Summe, mit der wir uns sehen lassen können. Kollege Lehmeier bemerkte deshalb in der Diskussion, daß die hiesige Zahlstelle der Staats- und Gemeindearbeiter nach ihrem Versammlungsbericht nahezu 400 Mitglieder habe und nur 316 Mk. an Unter-

stützungsgeldern auszusahlen hatte, wir dagegen, die wir nicht einmal die Hälfte der Mitglieder haben, hatten bereits viermal so viel ausgegeben. Kollege Martin gab den Revisionsbericht, und auf seinen Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab außer dem Kassierer keine wesentlichen Veränderungen. An Stelle des Kollegen Barth, der als Hilfsarbeiter der „Volksfürsorge“ im Nebenamt angeheftelt wurde und daher keine freie Zeit mehr zur Verfügung hat, wurde Kollege Adolf Martin als Kassierer gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wies der Vorsitzende auf das am 14. Februar stattfindende Faschingsfränzchen hin und ersuchte die Mitglieder, sich zahlreich daran zu beteiligen. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß in diesem Jahre eine großartige Agitation im Buchdruck geplant ist und ersuchte, die Arbeiten hierzu nicht allein dem Vorstand zu überlassen, sondern ebenfalls mitzuhelfen, um die zum Teil noch sehr traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen im hiesigen Buchdruckgewerbe zu helfen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. (Eingeg. 2. 2.)

Chemnitz. Am 20. Januar fand die Generalversammlung statt, welche vorwiegend von den männlichen Mitgliedern besucht war. Kollege Fiedewirch gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, der alles getan hat, um die Zahlstelle vorwärts zu bringen. Leider sind die großen Anstrengungen, die zur Gewinnung neuer Mitglieder gemacht wurden, nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet gewesen. Hoffentlich ist es in diesem Jahre möglich, die Gleichgültigkeit unserer Kollegenschaft zu überwinden. Kollege Bopel erstattete den Jahres- und Quartalsklassenbericht, worauf ihm auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt wurde. Aus dem Parteibericht, den Kollege Fiedewirch erstattete, ist hervorzuheben, daß endlich daran gegangen werden soll, die unelblichen Grenzstreitigkeiten unter den verschiedenen Organisationen zu beseitigen. Sind doch z. B. im hiesigen Parteibetrieb die Hilfsarbeiter in vier verschiedenen Verbänden organisiert. Die Vorstandswahlen ergaben folgenden Resultat: Fiedewirch, Vorsitzender und Kartelldelegierter; Weise, zweiter Vorsitzender; Bopel, Kassierer; Sachs, Schriftführer; Feath und Kollegin Witsche, Revisoren; Ahnert und Markert, Revisoren. Der Vorsitzende wies noch auf verschiedene in nächster Zeit geplante Veranstaltungen hin, worauf die Versammlung geschlossen wurde. (Eingeg. 26. 1.)

Hamburg. Mitgliederversammlung am 24. Januar. Eingangswort widmete Kollege Sellge dem verstorbenen Kollegen Adolf Garner einen herzlichen Nachruf. Der für uns und seine Angehörigen viel zu früh Dahingegangene hat in den schwersten Zeiten unserer Organisation stets mit an erster Stelle gestanden. Sein reges Interesse an der guten Sache war von vornherein ein durchaus ehrliches, aus der Ueberzeugung gewonnenes. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen. — Sodann referierte Kollege Karl Sohm über „Buchgewerbe und Zeitungswesen im Wandel der Zeiten unter Berücksichtigung der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik, Leipzig 1914“. Der Vortrag wurde durch eine größere Anzahl von der Ausstellungsleitung bereitwillig zur Verfügung gestellter Lichtbilder illustriert. Redner betonte die geschichtliche Bedeutung Leipzigs für die Klassenbewußte Arbeiterschaft. Für uns graphische Arbeiter sei die Metropole des Buchhandels doppelt erinnerungswert. Es folgte doch hier im Jahre 1905 im Buchgewerbehaus der erste Tarifabschluß. Auch die „Bugra“ kann bei uns doppeltes Interesse beanspruchen. Diese gewaltige Weltkulturschau wird in übersichtlicher Anordnung den ganzen Weg der Kultur von der Bilderschrift zur Buchdruckenschrift und weiter bis zur mechanischen Vervielfältigung durch die allermodernsten Verfahren zeigen. An der Hand der Bilder gab Redner dann eine gebräugte Uebersicht über die Entwicklung der Schrift, des Buches, der Zeitung und der graphischen Künste. Zu längeren Ausführungen bot der Abschnitt von Gutenberg bis zur neuzeitlichen Rotationspresse Gelegenheit. Den Abschluß bildeten einige der wichtigsten Daten aus der Geschichte der Arbeiterpresse, die nach dem Sozialistengesetz eine riesige Aufwärtseentwicklung durchgemacht hat. Die zahlreiche Versammlungen folgten den Ausführungen mit Interesse und drückten ihren Dank durch Beifall aus. (Eingeg. 31. 1.)